wollt, 28. Januar im Hotel Höpfner Vorstellungen. Das kleine Völkchen leistet, so schreibt das Bautzener Tageblatt, wirklich Erstaunliches auf den verschiedensten Gebieten. Da sieht man Humoristen vom derbkomischen Fach bis zum Salon-Genre, Bauerndarsteller, Schauspieler, Tourbretten, Zauberkünstler, Ringkämpfer und Akrobaten. Schon der Anblick dieser kleinsten Menschen, von denen der „Größte" kaum eine Stubliene überragt, bietet einen eigenartigen Reiz und hört man erst diese Zwerge sprechen und singen, so glaubt man, Menschlein aus irgend einem Märchenreich vor sich zu haben. Ganz hervorragendes leisten die kleinen Künstler auf dem Gebiete der Akrobatik. Jedenfalls muß man Williams Liliputaner gesehen haben. Man unterhält sich bei ihnen einige Stunden hindurch aufs beste und kann obendrein noch interessante Studien auf dem Gebiete der Anthropometrie machen.

—* **Volkshochschulkurse.** Ende dieser Woche beginnen die neuen Kurse. 1. Prof. Börner: Licht und Farben, 8 Abende, mit zahlreichen Experimenten; 5 M. Beginn Freitag, den 30. Januar. 2. Dr. Trillmich: Einführung in die neuere Literatur, 6 Abende, 4 M. Beginn Montag, den 2. Februar. 3. Oberrealschullehrer Wolff: Einführung ins Buchstabenrechnen, 14 Abende, 10 M. Beginn Dienstag, den 3. Februar. 4. Lehrer Günther: Die Kunst der freien Rede. Anfängerkursus, 6 Abende. In erster Linie für solche, die sich bereits früher eingezeichnet haben. Außerdem eine begrenzte Anzahl Teilnehmerkarten in den Vorverkaufsstellen für solche, die sich noch nicht eingezeichnet haben. Beginn Sonnabend, den 7. Februar, Carolaschule. 5. Lehrer Günther: Die Kunst der freien Rede II. Praktische Uebungen für Teilnehmer am letzten Anfängerkursus. 8 Abende. Beginn Mittwoch, den 4. Februar. Da diesmal nur eine beschränkte Zahl von Teilnehmerkarten ausgegeben wird, ist es ratsam, sich sofort damit zu versorgen. In Riesa: Buchhandlungen von Munkelt und Hoffmann, Konsumverein und Gewerkschaftshaus, — in Gröba: Konsumverein.

—* **Zur Beachtung!** Von der Versorgungsstelle Großenhain wird uns mitgeteilt: Zur Erleichterung und Beschleunigung des Schriftverkehrs ist es erforderlich, daß bei allen an die Versorgungsstelle gerichteten Schreiben möglichst Geburtsort und Datum sowie der letzte Truppenteil und Ersatztruppenteil angegeben wird. — E. K. betr. Die Anzahl der bei den Abw.-Aemtern eingegangenen Vorschläge beträgt mehrere Tausend, die zum großen Teil namentlich bei nicht genügend geklärten Fällen einer bis ins einzelne gehenden Bearbeitung bedürfen. Die Entscheidungen über die Vorschläge können demnach nur allmählich erfolgen. Es wird gebeten, von weiteren schriftlichen oder mündlichen Fragen abzusehen. — Ferner gibt die Versorgungsstelle Großenhain bekannt: Den 1918 beim Feldrekrutendepot der 10. Ersatz-Division Gedienten! Zur Beachtung! Die von der Mob. Etappen Kdtr. 207 in Arlon — Feldw.-Lt. Salomon — für den 15. 11. 18 beabsichtigt gewesene Kriegsanleihe-Auslosung hat nicht stattgefunden. Die eingezahlten Beträge können gegen Rückgabe der Lose bei der Abrechnungsstelle der Etappen-Intendantur der 6. Armee in Osnabrück zurückgefordert werden.

—* **Wirtschaftsminister Schwarz über sein Programm.** Auf einer Freitag abend in Elstra stattgehabten Versammlung entwickelte der Wirtschaftsminister Schwarz sein Programm und erklärte u. a.: Der Großgrundbesitz wird sozialisiert. Das mittlere und kleinere Bauerntum muß sich in Genossenschaften zusammenschließen. Die während des Krieges von den Großindustriellen getätigten Güterankäufe werden annulliert. Bei Verkäufen von Großgrundbesitz muß dem Staate ein Vorkaufsrecht gesichert werden. Familieninteressen müssen dabei hinter denen des Staates zurückstehen. Die Zwangswirtschaft für Milch, Fleisch und Brot muß unbedingt aufrechterhalten werden ohne Rücksicht darauf, ob es dem Landwirte weh tut. Sie könnte höchstens aufgehoben werden, wenn an ihre Stelle eine Planwirtschaft treten könnte. Doch ist niemand da, der diese in die Hand nimmt. Das landwirtschaftliche Programm der Sozialdemokratie ist reformbedürftig. Was unser Beamtentum betrifft, so ist es heute im Großen und Ganzen intakt. Wenn übermäßige Forderungen der Beamten gestellt werden, wie es die Eisenbahner tun, so ist es leicht erklärlich, wenn sich die Animosität gegen den ganzen Stand richtet. Von einer Verseuchung der Beamtenschaft kann jedoch keine Rede sein.

—* **Zur Aufhebung der sächsischen Sonderfeiertage** mit Ausnahme des Reformationsfestes fordert ein von der demokratischen Fraktion der Volkskammer eingebrachter Antrag den Erlaß eines Gesetzes von der Regierung.

—* **Religionslehrerkursus.** Der allgemeine ev.-luth. Schulverein hat angesichts der zu erwartenden Weigerung vieler Lehrer, in Zukunft bekenntnismäßigen Religionsunterricht zu erteilen, ebenso wie das mit ihm Hand in Hand arbeitende Religionslehrerseminar des Christlichen Volksdienstes in Leipzig, beschlossen, auch in Dresden im Februar einen auf etwa neun Monate berechneten Kursus zur Ausbildung von Religionslehrern einzurichten.

—* **Für allgemein verbindlich erklärter Tarifvertrag.** Die zwischen dem Landesverband der Sächsischen Presse und dem Verein sächsischer Zeitungsverleger am 7. Juli und 26. September 1919 abgeschlossenen Tarifverträge für die angestellten Redakteure und ständigen freien Mitarbeiter an Zeitungen sind vom Reichsarbeitsministerium für das Gebiet des Freistaates Sachsen für allgemein verbindlich erklärt worden. Die Verbindlichkeit beginnt mit dem 15. November 1919.

—* **Minister Dr. Seyfert zum Kampf um die Gemeinschaftsschule.** Der Superintendent Dr. Kölzsch hat dem Kultusminister öffentlich die Frage vorgelegt, ob der Minister bereit sei, in der von ihm erstrebten Gemeinschaftsschule die Kinder nach ihren Bekenntnissen zu vereinigen. Der Minister hat in der Volkskammer diese Frage verneint, weil es nach Abschluß des Schulkompromisses dann jeder Elternvereinigung auf Grund ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung möglich wäre, besondere Klassen für ihre Kinder zu fordern, weil also damit die Idee der Gemeinschaftsschule einfach aufgehoben wäre. Superintendent Kölzsch erklärte darauf, daß er seine Stellung zur Gemeinschaftsschule nunmehr zu ändern, diese also abzulehnen gezwungen sei. Hierzu äußerte sich der Minister, daß er naturgemäß diese Meinungsänderung bedaure, daß er sie aber ruhig hinnehmen würde, wenn nicht Superintendent Kölzsch die Antwort des Ministers als Anlaß seiner Schwenkung hingestellt und behauptet hätte, daß mit dieser ministeriellen Antwort nunmehr der Kampf von seiten der Regierung aufgenommen worden sei. Der Minister stellte demgegenüber fest, daß seine Antwort auf die Frage des Superintendenten diesem seit langem bekannt gewesen sei. Er habe sie ihm kurz nach seinem Amtsantritt persönlich gegeben, demnach könne sie nicht der Anlaß zu der jetzigen Stellungnahme des Superintendenten Kölzsch sein. Handele es sich wirklich um eine Kampfansage, so gehe diese nicht von dem Minister aus.

—* **Aufhebung der Elektrizitätseinschränkung für Dreschbetriebe.** Der Ausdrusch des Getreides ist im allgemeinen gegenüber der Vorjahre noch sehr zurückgeblieben, so daß der Reichswirtschaftsminister angeordnet hat, daß die Industrie vorübergehend zu gunsten der Landwirtschaft bei der Entnahme elektrischer Arbeit einzuschränken ist, während die Elektrizitätseinschränkung für Dreschbetriebe aufgehoben wird. Die Elektrizitätswerke sind daher angewiesen, diese Aufhebung bis zum äußersten Maße, das die Kohlenlage gestattet, sofort nach und nach steigend anzuordnen. Zur Beschleunigung der Drescharbeit muß die Landwirtschaft aber dafür sorgen, daß die Arbeit auch in der Frühstücks- und Mittagspause nicht unterbrochen wird, und daß auch die Sonn- und Feiertage mit herangezogen werden. Im Interesse der Bevölkerung liegt es, durch Befolgung der von den Elektrizitätswerken gegebenen Anordnungen eine Ueberlastung der Transformatoren und der Stromversorgungsunternehmen zu verhindern, damit die Stromversorgung nicht gefährdet wird. Die Ortsvorsteher haben durch dauernde Nachprüfung dafür zu sorgen, daß die erlassenen Vorschriften befolgt werden.

—* **Der „Bauernkalender" verboten.** Der Befehlshaber des Wehrkreises 4, General Maercker, hat für den Freistaat Sachsen die Herstellung und den Vertrieb der Broschüre „Das freie Land, kommunistischer Bauernkalender für 1920", der von der kommunistischen Partei Deutschlands herausgegeben wird, verboten.

—* **Schutz für Schutz.** Nach einer Verfügung des Befehlshabers des Wehrkreises 4, Generalmajors Maercker, wird das für Sachsen im November vorigen Jahres erlassene Verbot der Benachteiligung von jetzigen und ehemaligen Reichswehrangehörigen auch auf die Zeitfreiwilligen, die Angehörigen der Einwohnerwehr und der technischen Nothilfe ausgedehnt, ohne Rücksicht darauf, ob sie sich im Dienst befinden oder nicht. Auch ihre Familienmitglieder und Hausangestellten genießen den gleichen Schutz.

—* **Die Petroleumversorgung.** Infolge größerer Einfuhren von Petroleum ist es jetzt möglich, den dringendsten Bedürfnissen der Verbraucher zu genügen. Die für die Monate Dezember und Januar zu verteilenden Mengen an Leuchtöl entsprechen annähernd der Hälfte des durchschnittlichen Friedensbedarfes. Da mit dem in Friedenszeiten außerordentlich billigen Petroleum zumeist nicht sonderlich sparsam umgegangen wurde und Petroleum jetzt nur solchen Personen zugeführt wird, die über eine andere Leuchtquelle nicht verfügen, kann heute von einer Petroleumnot wohl kaum mehr die Rede sein. Allerdings sind die Preise für das zur Verteilung gelangende Petroleum infolge der Valutaverschlechterung gestiegen; während im Dezember das Liter noch mit 2,75 Mk. im Kleinhandel verkauft werden konnte, wird es im Januar 3,20 Mk. pro Liter ab Laden kosten. Bei Lieferung frei ins Haus erhöht sich der Preis um 10 Pfg. Für zur Dezemberverteilung bestimmtes Petroleum, das infolge der Verkehrsschwierigkeiten erst Anfang Januar geliefert werden konnte, darf nur der Dezemberpreis berechnet werden. Die Verteilung des Januar-Petroleums dürfte sich gleichfalls etwas verzögern.

—* **Der neuerdings wieder umfangreicher gewordene Kraftfahrzeugverkehr** hat mancherlei Uebelstände gezeitigt. Abgesehen von der Rauch- und Geruchbelästigung sind es die Geräuschbelästigungen und die mangelhafte Beleuchtung, die sich besonders unangenehm bemerkbar machen. Da sich eine übermäßige Rauchentwickelung der Fahrzeuge bei dem heutigen Stande der Technik vermeiden läßt, so dürfte es angebracht erscheinen, gegen Fahrzeuge, die sich durch besonders starke Rauchentwickelung auszeichnen, auf Grund des Kraftfahrzeuggesetzes vorzugehen. Es dürfte sich empfehlen, Kraftfahrzeuge, die starkes Geräusch entwickeln, durch die Polizei feststellen zu lassen, und auf Vorhandensein von verbotenen Auspuffklappen nachzuprüfen, um so auch der Rauch- und Geräuschbelästigung der Passanten zu steuern. Als eine gefährliche Gewohnheit der Kraftfahrzeugführer ist die unvorschriftsmäßige Beleuchtung der Fahrzeuge bei Dunkelheit zu bezeichnen. Nach § 4 Abs. 5 der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen müssen Kraftfahrzeuge mit mindestens zwei in gleicher Höhe angebrachten, die Begrenzung des Fahrzeugs anzeigenden hellbrennenden Laternen versehen sein. Neuerdings fahren aber zahlreiche Kraftfahrzeuge mit nur einer solchen Laterne, die systemlos rechts oder links angebracht ist. Ein entgegenkommendes Fahrzeug kann infolgedessen oft nicht erkennen, ob diese Laterne zu einem Kraftfahrzeug gehört oder vielleicht zu einem Fahrrad und vermag bei starker Dunkelheit nicht festzustellen, auf welchem Teil der Straße das Kraftfahrzeug fährt. Eine einzelne planlos angebrachte Laterne macht diese Erkenntnis unmöglich, zumal noch die stark blendende Wirkung eines einzelnen derartigen Lichtkegels hinzukommt. Diesem gemeingefährlichen Verfahren von Kraftfahrzeugführern sollte deshalb mit der vollen Schärfe aller zur Verfügung stehenden Mittel zur Vermeidung von Unfällen gesteuert werden.

—* **Das Ergebnis der letzten Volkszählung.** Das Statistische Landesamt veröffentlicht nunmehr das Ergebnis der Volkszählung in Sachsen vom 8. Oktober 1918. Danach betrug die ortsanwesende Bevölkerung 4 668 283, davon 2 174 036 männliche und 2 494 217 weibliche Personen. Die entsprechenden Zahlen der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 lauten 4 806 661, 2 323 903 und 2 482 785. Das Gesamtergebnis bedeutet also gegen 1910 einen Fehlbetrag von 138 000. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Bevölkerungszahl unmittelbar vor Kriegsbeginn auf 5 Millionen zu schätzen war. Ein Teil davon befindet sich noch in feindlicher Gefangenschaft. Die weibliche Bevölkerung zeigt gegenüber 1910 eine geringfügige Zunahme, gegen 1914 jedoch eine Verminderung.

—* **Kundgebung des Dresdner Bürgerrats.** Der Dresdner Bürgerrat hat an die Parteien, die Regierung und das Präsidium des Reichsbürgerrats ein Schreiben gesandt, worin es heißt: Wir richten an die Parteien die Bitte, unverzüglich gemeinsam, unter Ausschaltung aller politischen Gegensätze, eine großzügige Propaganda ins Leben zu rufen, die sich lediglich darauf beschränkt, dem ganzen Volke klarzumachen, welche furchtbaren Folgen grundlos inszenierte politische Streiks haben, namentlich aber politische Streiks der Eisenbahner in dem Augenblick, wo wir hoffen können, daß unsere gefangenen Brüder nunmehr aus feindlicher Gefangenschaft zurückkehren. Ihnen wird die Möglichkeit, die Heimat und ihre Lieben zu begrüßen, jetzt von ihren eigenen Volksgenossen in unverantwortlicher Weise erschwert. Darüber hinaus müßte die Propaganda dem Volke zeigen, wie verheerend die gewissenlose Hetze für das Wohl und Wehe eines jeden ist. Wir wissen uns mit der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei, der Zentrumspartei und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einig in der Ablehnung dieses verbrecherischen Treibens. Wir bitten Sie, ebenso wie wir es wollen, in dieser Stunde bitterster Not alles politisch Trennende zurückzustellen und sich zu einer gemeinsamen Aktion zu einigen, zur Errettung des Vaterlandes. Wir bitten daher die Landesverbände und Ortsgruppen der genannten Parteien zu einer Besprechung für den 4. Februar 1920 nachmittags ½6 Uhr in unsere Geschäftsstelle. Wir werden dieses Schreiben der Staatsregierung übermitteln und hoffen, daß auch diese zu der Besprechung einen Vertreter entsenden wird.

* **Gröba.** Oeffentliche Gemeinderatssitzung findet am Dienstag, den 27. Januar, nachmittags 7 Uhr, im Sitzungssaal in der Zentralschule statt. Beratungsgegenstände: 1. Erhebung eines Zuschlags zur Grunderwerbssteuer. 2. Gesuch der Gemeindebeamten und Angestellten um Gewährung eines Teuerungszuschlages. 3. Gewährung von einmaligen Beschaffungsbeihilfen an die Hortleiterinnen und das Volksküchenpersonal. 4. Mitteilung über den abgeschlossenen Lohntarif für die Gemeindearbeiter. 5. Wahl von drei Mitgliedern zur Unterstützung des Ueberwachungsausschusses. 6. Mitteilungen und Anfragen. Berichterstatter [illegible] zu 1. Herr Matthes, zu 2 Herr Simmel, zu 3 Herr Gartenpfleger, zu 4 der Vorsitzende, zu 5 Herr Gemeindeältester Schmidt. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

V **Dresden.** In Ausführung der Artikel 203 und folgende des Friedensvertrages trat Sonnabend in Dresden eine Kontrollkommission des bisherigen Feindbundes (Engländer und Franzosen) in Stärke von drei höheren Offizieren, 10 Majoren, 20 Hauptleuten und 52 Mannschaften ein. Die Unterbringung erfolgt in hiesigen Hotels.

* **Dresden.** Die U. S. P. hatte für gestern im hiesigen Bezirk 11 große Protestversammlungen einberufen, in denen „Gegen die Verschandelung des Betriebsrätegesetzes, gegen die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel durch Prämien und gegen die neuen direkten und indirekten Steuern" demonstriert wurde.

Hohenstein-E. Ein Fall von Flecktyphus ist hier im Hause Dresdner Straße 60 festgestellt worden. Es handelt sich um den 20jährigen Hans Nadler, der der Krankheit bereits erlegen ist. Die erforderlichen Schutzmaßregeln sind städtischerseits sofort eingeleitet worden. Die Zahl der Pockenerkrankungen ist auf 8 Fälle beschränkt geblieben, sodaß mit einem Rückgang der Krankheit gerechnet wird.

Glauchau. Einen reichen Goldfund machten dieser Tage zwei hiesige Knaben. Sie stöberten ein leerstehendes Haus in der Töpfergasse durch und fanden dort in einer Nische im Keller einen mit einem Ziegelstein bedeckten Topf. Als sie den Ziegelstein abhoben, fanden sie darin eine größere Summe in 20 Mark-Stücken. Nach dem heutigen Papierwert betrug die Summe ungefähr 40—50 000 Mark. Nach den Münzen zu urteilen, kann das Geld höchstens 15—18 Jahre in seinem Versteck gelegen haben. Das Geld wurde der Behörde übergeben, der es nun obliegen wird, den Eigentümer des Goldes festzustellen. Da die Inhaberin des Hauses vor nicht allzulanger Zeit gestorben ist, wird wahrscheinlich der Erbe der Verstorbenen der Eigentümer des heute doppelt wertvollen Schatzes werden. Die Folge des Fundes wird jedenfalls ein recht niedlicher Prozeß sein.

* * *

V **Görlitz.** Der Freitag unter dem Verdachte, seine Geliebte, die 18 Jahre alte Charlotte Leucht, im Verlaufe einer Eifersuchtsszene erwürgt zu haben, verhaftete Chorsänger vom hiesigen Stadttheater, Arthur Michels, hat zugegeben, die Tat im Affekt begangen zu haben, bestreitet dagegen entschieden, die Absicht gehabt zu haben, seine Geliebte umzubringen. Es dürfte demnach nur Totschlag in Frage kommen.

Vermischtes.

Verurteilter Betrüger. Das Schwurgericht München verurteilte den angeblichen Handelsmann William Spencer aus Bristol in Australien unter Ausschluß mildernder Umstände zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust. Der Verurteilte hatte versucht, im März v. Js. mit gefälschten Papieren auf den hochtönenden Namen eines Grafen Imperiali den Freistaat Bayern namens der italienischen Regierung um 17 Millionen zu betrügen, die für Lebensmittelkäufe dienen sollten. Die Beweisaufnahme konnte nicht klarstellen, wer der Verurteilte eigentlich ist.

80 000 Mark geraubt. Freitag vormittag erschienen in der Wohnung eines Kaufmannes in Kassel vier unbekannte Männer, die angeblich Platin verkaufen wollten, zwangen die in der Wohnung befindliche Frau zur Herausgabe des Geldschrankschlüssels, raubten 80 000 Mark, betäubten die Frau und ihre Schwester mit Aether und entkamen unerkannt. Auf die Ermittelung der Täter ist eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt worden.

Gerüchte über Pesterkrankungen. Die Blätter veröffentlichen eine Feststellung der polnischen Gesandtschaft in Wien, daß die Gerüchte von einer angeblichen Pestgefahr oder von Pesterkrankungen in Schlesien den Tatsachen nicht im geringsten entsprechen und daß die Nachricht des „Narodni Politika" unrichtig ist, daß die drei Abgeordneten Jondzin, Reger und Brauska erkrankt seien. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Mährisch-Ostrau, daß die Pestgerüchte durch schwere Fälle von Flecktyphus veranlaßt worden seien, deren Untersuchung jedoch ergeben habe, daß es sich nicht um Pest handelte.

Die schwarzen Pocken im Kreise Bütow. Im Kreise Bütow (Pommern) sind laut amtlicher Mitteilung die schwarzen Pocken ausgebrochen.

6 000 000 Franken für eine Markensammlung. Eine Markensammlung von internationaler Berühmtheit in der Philatelistenwelt ist soeben aus amerikanischem in englischen Besitz übergegangen. Es handelt sich bei dieser Sammlung um die in Händler- und Sammlerkreisen viel begehrte Kollektion Duceen, die nach Meinung der Sachverständigen an Wert die dritte Stelle unter allen berühmten Briefmarkensammlungen einnimmt. Der hervorragende amerikanische Kunstsachverständige Duceen legte sie im Jahre 1890 für seinen Sohn an und gestaltete sie in emsigem Ausbau mit den Jahren zu einem philatelistischen Besitz ersten Ranges. Die Sammlung wurde von einer englischen Gesellschaft für das „bescheidene" Sümmchen von 6 000 000 Francs erstanden. Sie erhielt den Zuschlag nur nach heftigem Hin und Her der Angebote, da ihr insbesondere der bekannte französische Schokoladenfabrikant Menier den Besitz streitig machte. Die überhaupt wertvollste existierende Markensammlung ist die in Frankreich befindliche Kollektion Ferrari. Ihr folgt im Range die fast ebenso kostbare Markensammlung des Berliner Postmuseums, und an dritter Stelle steht die obenerwähnte Sammlung Duceen. Die wertvollste Sammlung von Kriegsmarken befindet sich im Besitze des Engländers Harold Reckett. Sie wird auf etwa eine halbe Million Francs im Werte geschätzt. Ihr Hauptstück ist die nur in einem einzigen Exemplar vorhandene 1-Mark-Marke der ehemals deutschen Kolonie Togo mit dem Aufdruck „Occupation franco-anglaise".

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 26. Januar 1920.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

X **Berlin.** Zu den Massenkundgebungen gegen die drohende Auslieferung heißt es in der „Post": Wenn es nicht zu größeren Zusammenstößen kam, dann ist das einmal der Besonnenheit der vaterländisch gesinnten Versammlungsbesucher und dann den aktionsbereiten Maschinengewehren unserer tapferen Reichs-Sicherheitspolizei zu verdanken. Das besonnene Vorgehen der blauen Polizei gegen die demonstrierenden Unabhängigen wird in verschiedenen Blättern hervorgehoben. — Im „Vorwärts" heißt es: Wenn der Oberste Rat oder sein Nachfolger einen Druck auf Holland ausüben wollte, so hieße das, die Souveränität der holländischen Regierung und des holländischen Volkes verletzen. Das passe allerdings ganz in die Waffenkammer der Gerechtigkeitsphraseure von Paris und London. — Der Vertreter des Arbeitsministeriums gab gestern auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes für das Ruhrgebiet die Erklärung ab, daß er auch zur Erreichung der Sechsstundenschicht gern mitwirken werde, nur bitte er, mit der Verwirklichung des Planes so lange zu warten, bis die Lage des deutschen Volkes es ermögliche. Gegenwärtig könnten wir uns das Experiment der Sechsstundenschicht nicht erlauben. — Die Offiziere der interalliierten Marinekommission, die jetzt ihre Besichtigung Helgolands beendet haben, berichten, daß das Befestigungswerk auf der Insel bereits